



**Gemeinschaft für
Natur- und Umweltschutz
im Kreis Gütersloh e.V.**



Mitglied der Landesgemeinschaft
Naturschutz und Umwelt NW e.V.

GNU – Pellwormweg 7 – 33334 Gütersloh

Gütersloh, den 18.07.2020

Frau Bundesministerin Julia Klöckner
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin

Ansprechpartnerin:
Angelika Daum
Luisenstr. 40
33332 Gütersloh
Tel. 05241 14676
angelikadaum@gmx.de

Offener Brief der GNU e. V. und des BUND, Kreisgruppe Gütersloh Konsequenzen des Corona-Infektionsgeschehens bei Tönnies für die Landwirtschaft

Sehr geehrte Frau Ministerin Klöckner,
der Corona-Ausbruch und das Infektionsgeschehen im Schlachtbetrieb der Fa. Tönnies im Kreis Gütersloh hat über die Grenzen Deutschlands dem Kreis Gütersloh eine unliebsame Aufmerksamkeit beschert. Es offenbarten sich unhaltbare Zustände im dem Betrieb, die auch nach einhelligem Bekunden vieler Politiker und Experten so nicht mehr weiter tragbar sind. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang auch die Arbeits- und Wohnbedingungen der vornehmlich osteuropäischen Werksarbeiter*Innen, die technischen und organisatorischen Strukturen und Betriebsabläufe aber auch die niedrigen Fleischpreise. Die enorme Schlachtkapazität von 30.000 Schweinen pro Tag hat gravierende Folgen für die Menschen, die Natur, das Klima, die Region und die Landwirtschaft.

Als im Kreis Gütersloh tätiger Umweltverband setzt sich die GNU seit fast 50 Jahren für eine alternative Praxis in der Landwirtschaft ein. Mit Sorge und Aufmerksamkeit verfolgen wir den politischen Umgang mit dem Schlachtbetrieb Tönnies. Wir haben 2018 ablehnend zur beantragten Schlachtkapazitätserweiterung Stellung genommen. Unsere Argumente haben die Genehmigung dazu nicht verhindert.

Die gravierenden Auswirkungen des Corona-Infektionsgeschehens bei Tönnies müssen Konsequenzen haben. Wir fordern Sie hiermit auf, den Worten nun endlich Taten folgen zu lassen und entsprechende Rahmenbedingungen für eine Wende herbeizuführen.

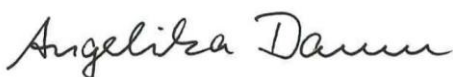
Folgende Forderungen werden von uns aufgestellt:

- **Rücknahme und massive Begrenzung (z. B.: Halbierung) der aktuell genehmigten Schlachtkapazitäten**
Hintergrund: Fatale Folgen der industriellen Fleischproduktion für Mensch, Umwelt und Gesundheit, z. B.: Monokulturen beim Futteranbau, Massentierhaltung, Grundwasserproblematik durch Gülle/hohe Nitratwerte.
- **Schaffung besserer gesetzlicher Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik, z. B. keine Massenproduktion für den Weltmarkt auf Kosten der Menschen und der Natur vor Ort. Qualität statt Quantität!**
Hintergrund: Deutschland ist ein Industrieland. Wir müssen hier keine Schweine für den Export nach China produzieren auf Kosten unserer Umwelt und Gesundheit. Durch Verabreichung von Antibiotika als Mastbeschleuniger in Tiermastbetrieben bilden sich in der Folge Resistenzen gegenüber Keimen, die sich auf den Menschen übertragen. Mit der auf den Flächen ausgebrachten Gülle gelangen multiresistente Keime in die Gewässer. Vgl. hierzu Messungen der Universität Bochum im Jahr 2018 im Auftrag der GNU zu multiresistenten Keimen in der Ems im Bereich der Stadt Rheda-Wiedenbrück (<https://www.gnu-gt.de/>).

- **Förderung eines veränderten Verbraucherverhaltens mit dem Ziel einer höheren Bereitschaft, mehr Geld für gesunde Lebensmittel auszugeben**
Hintergrund: Nahrungsmittel würden wieder wertgeschätzt, landeten nicht tonnenweise im Müll und Fleisch würde bewusster und in geringeren Mengen konsumiert. Mit einer Begrenzung der Tiere/Betrieb und Fläche würde eine Überproduktion verhindert und trotz artgerechter Tierhaltung müssten nicht immer noch größere Stallanlagen gebaut werden, was wiederum den Flächenverbrauch einschränkt. Glyphosat und andere Ackergifte, die vor allem für das Insekten- und Vogelsterben verantwortlich sind und die Böden langfristig schädigen, sollten verboten werden, ebenso wie der übermäßige Einsatz von Düngemitteln.
- **Gerechte Fleischpreise für die produzierende Landwirtschaft durch gesetzlich gesicherte Erzeuger-Mindestpreise**
Hintergrund: Das Höfesterben - in den letzten 60 Jahren um 80 % - hätte endlich ein Ende. Die meisten der verbliebenen Höfe müssten nicht als Nebenerwerb geführt werden. Auch das Motto "Wachse oder Weiche" wäre vom Tisch; Einfuhrbeschränkungen für Billigimporte wären nötig; Dumpingpreise der Discounter würden verhindert.
- **Finanzielle Förderung der Bauern bzgl. einer Ausrichtung auf eine wirklich artgerechte Tierhaltung bzw. ökologische Landwirtschaft**
Hintergrund: Die bisherige Förderpraxis muss als gescheitert angesehen werden. Sie hat weder Betriebe erhalten, noch der Umwelt genutzt. Statt die Steuergelder hauptsächlich an konventionell arbeitende Betriebe nach Flächengröße zu verteilen, sollten die Bauern mit Prämien für ökologisches, nachhaltiges Wirtschaften belohnt werden.
- **Erhöhung der Ausstattung und der Durchgriffsrechte der Überwachungsbehörden**
Hintergrund: Es ist festzustellen, dass die bestehenden Kontrollmechanismen im Fall Tönnies versagt haben.

Unsere Forderungen sind nicht neu, aber mit Blick auf immer häufiger auftretende Pandemien und vor allem den Klimawandel, ist ein Umdenken und ein Systemwandel in der Landwirtschaft dringend nötig. Wir würden uns über ein aussagekräftiges Antwortschreiben auf diesen offenen Brief freuen.

Mit freundlichen Grüßen



Angelika Daum
(Mitglied des Vorstandes der GNU)

Matthias Landwehr
(Vertreter des BUND im Kreis Gütersloh)



Kopie an:

- Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
- Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen